

# Früherkennung von autistischen Kindern soll verbessert werden



Werner Jordan ist zufrieden mit den Absichten des Staatsrates.

**Region** Die Walliser Regierung will, dass Autismus-Spektrum-Störungen bei Kindern frühzeitiger erkannt werden. Eine Arbeitsgruppe soll dieses Thema nun umfassend bearbeiten.

Im Wallis kommen jedes Jahr rund 30 Kinder mit einer sogenannten Autismus-Spektrum-Störung (ASS) zur

Welt. Insgesamt ist in der Schweiz rund ein Prozent der Bevölkerung von einer ASS betroffen. Dabei geht man davon aus, dass diese Zahl steigt. «Einerseits werden heute viel mehr ASS als früher diagnostiziert», erklärt Werner Jordan. Jordan ist Vorstandsmitglied der Oberwalliser Sektion von Autismus Wallis und sitzt für die SP Oberwallis im Grossen Rat. «Andererseits haben Menschen mit einer ASS heutzutage bessere Chancen, einen Partner zu finden und diese Beson-

derheit so weiter zu vererben.» Früher, so Jordan, hätten Menschen mit einer ASS oft ein sehr einsames Leben führen müssen und seien teilweise von der Gesellschaft ausgegrenzt worden.

## «Möglichst früh erkennen»

Viele Menschen mit einer ASS haben sogenannte Inselbegabungen. «Das bedeutet, dass diese Leute in einem Bereich, zum Beispiel Mathematik, unglaublich leistungsfähig, ja sogar genial sein können», erklärt Werner Jordan. «Andererseits fällt es ihnen oftmals schwer, soziale Gepflogenheiten zu erlernen, oder sie haben grosse Mühe, wenn ein vorgefasster Plan nicht realisierbar ist.» Allerdings könne es für ein Kind, welches von einer ASS betroffen ist, durch Frühförderung und mit guter Unterstützung durchaus möglich sein, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und beruflich erfolgreich zu sein, so der SPO-Grossrat. «Dafür ist jedoch entscheidend, dass eine ASS bei einem Kind möglichst früh erkannt und das Kind durch geeignete Therapien gefördert wird», sagt Jordan. «Weiss man um die ASS, so kann man zum Beispiel viel besser mit dem Betroffenen zusammen nach einem seinen Fähigkeiten entsprechenden Berufsfeld suchen und so eine spätere Unselbstständigkeit vermeiden.» Es ma-

che beispielsweise keinen Sinn, ein Kind, welches sich in Gruppen sehr unwohl fühle, einen Beruf erlernen zu lassen, in dem ständiges Teamwork gefragt sei.

## Arbeitsgruppe soll helfen

Werner Jordan und der Verein Autismus Wallis wollten daher von der Regierung wissen, ob diese bereit sei, ein Zentrum für Frühintervention bei Kindern mit einer ASS zu schaffen, um betroffenen Kindern bessere Zukunftsaussichten zu ermöglichen. «Ein solches Zentrum könnte eine Anlaufstelle für Eltern und Lehrpersonen sein, wenn sie das Gefühl haben, ein Kind könnte an einer ASS leiden», führt Jordan aus. «So könnten möglichst früh zusammen mit Experten die bestmöglichen Therapiekonzepte für betroffene Kinder gefunden werden.» Der Staatsrat unterstützt nun diese Idee im Grundsatz und hat eine breit aufgestellte Arbeitsgruppe mit Vertretern von Autismus Wallis, dem Kantonsarzt und weiteren Experten ins Leben gerufen, welche sich intensiv mit dem Thema Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen befassen soll. «Wir sind damit sehr zufrieden» sagt Werner Jordan. «Das ist fast mehr, als wir uns erhofft haben.» ■ **Martin Meul**

## Der RZ-Standpunkt

### BLS muss zur Kasse gebeten werden



Walter Bellwald  
Chefredaktor

walter.bellwald@rz-online.ch

Die gute Nachricht zuerst: Die Klösterlibrücke auf der alten Talstrasse zwischen Gampel und Goppenstein wird erneuert. Der Staatsrat hat dazu einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 2,8 Millionen Franken gewährt (die RZ berichtete). Die Klösterlibrücke war bei den schweren Unwettern im Herbst 2011 weggespült worden und seither ist die alte Talstrasse nicht mehr durchgehend befahrbar. Nun hat der Staatsrat die Wichtigkeit der Strassenverbindung erkannt – die alte Talstrasse dient im Ereignisfall im Mitteltunnel als Umfahrung – und entsprechend gehandelt. Nun zur schlechten Nachricht: Über die Finanzierung der Klösterlibrücke herrscht Unklarheit. Während der Kanton 70 Prozent der Kosten trägt, werden die sogenannten Anrainer-Gemeinden (Steg-Hohtenn Gampel-Bratsch, Ferden, Kippel, Wiler und Blatten) mit 30 Prozent zur Kasse gebeten. Das sind insgesamt rund 1,2 Millionen Franken. Für die Gemeinden ein happiger Betrag, zumal der Bau der Brücke noch dieses Jahr realisiert

werden soll. Darum sind die sechs Anrainer-Gemeinden in einem Schreiben beim Kanton vorstellig geworden und verlangen eine Kostenverteilung unter Einbezug weiterer interessierter Kreise (BLS, Neat und Nationalstrasse). In einem Antwortschreiben, das der RZ vorliegt, windet sich die BLS nun aus der Verantwortung. Man begrüsse zwar die Sanierung der Klösterlibrücke. Allerdings, so heisst es in dem Schreiben, sei die BLS nicht in der Lage, sich an der Finanzierung derselben zu beteiligen. «Würden wir uns an den Kosten beteiligen, müssten wir diese in Form von höheren Verladepreisen weiter verrechnen», lässt sich das Unternehmen zitieren. Diese Aussage irritiert insofern, als dass die BLS erst vor dreieinhalb Jahren die Verladepreise am Lötschberg drastisch erhöht hat. Jetzt droht man vor dem Hintergrund einer Mitfinanzierung der Klösterlibrücke mit einem erneuten Aufschlag. Das ist nicht nur Zwängerei, sondern zeigt auch auf, wie die BLS ihr Monopol beim Autoverlad schamlos ausnutzt. ■